

[INTERVIEW]

BILDUNG UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE ALS TEIL DER LÖSUNG?

Interview mit Prof. Dr. Ina Schildbach, OTH Regensburg, über gegenwärtige Fragen sozialer Ungleichheit

Dr. Ina Schildbach ist Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpolitik an der OTH Regensburg. Sie forscht zum Thema Armut auf kommunaler, deutschlandweiter und internationaler Ebene. Gemeinsam mit ihrem Team hat sie den Regensburger Armutsbericht erstellt: www.armutsbericht-regensburg.de

DR. INA SCHILDBACH

Professorin für
Politikwissenschaft mit
Schwerpunkt Sozialpolitik
an der OTH Regensburg.



Foto:
Christoph Gabler

Wie würden Sie jemanden ohne Vorwissen den Begriff der „sozialen Ungleichheit“ erklären?

Ina Schildbach: Auf der einen Seite finden wir Menschen mit hohem Einkommen, die sich vieles leisten können und für die dieses Viele selbstverständlich ist. Auf der anderen Seite stehen Personen mit sehr wenig Geld, die jeden finanziellen Schritt abwägen und ihre Mittel streng einteilen müssen. Genau diese fehlende Selbstverständlichkeit des Konsums bildet für mich den zentralen Punkt – eine Thematik,

die im Grunde täglich eine Rolle spielt und dadurch erheblichen Druck erzeugt. Den Unterschied zwischen beiden Gruppen fassen wir unter dem Begriff „soziale Ungleichheit“ zusammen. Daran knüpft dann die Frage an, ob Menschen diese Ungleichheit überhaupt als Problem wahrnehmen und an welcher Stelle genau sie ein solches darstellt. Welche Kriterien entscheiden darüber, ob wir Ungleichheit noch als legitim ansehen – und ab welchem Moment wir sagen: Der Abstand entfernt sich so weit vom Gegenbegriff sozialer Gleichheit, dass wir eine Legitimation nicht mehr vertreten können?

Wo liegt für Sie dieser neuralgische Punkt?

Ina Schildbach: Für mich hängt dieser Punkt davon ab, worauf wir uns als Gesellschaft einigen können. Ich formuliere natürlich eigene Vorstellungen dazu, ab wann soziale Ungleichheit wirklich zum Problem wird. Blickt man jedoch auf das Ganze, gehen die Meinungen dazu stark auseinander. Ein nachvollziehbarer Mittelweg ergibt sich aus meiner Perspektive aus einem einfachen Kriterium: Menschen müssen mit ihrem Einkommen aus Arbeit ihren Lebensunterhalt decken können. Sobald dieser Grundsatz nicht mehr greift – also manche ohne Arbeit ein sehr komfortables Leben führen, während andere viel arbeiten und trotzdem kaum über die Runden kommen – empfinden das viele als unfair. Und zwar unabhängig davon, ob sie eher konservative Werte vertreten oder politisch links geprägt sind. Arbeiten und davon leben können – dieses Prinzip bildet für mich den Kern einer gerechten Gesellschaft.

Verschiedene Studien zeigen, dass dieser Minimalkonsens häufig nicht greift. Wo liegt aus Ihrer Sicht der wichtigste Hebel der Politik, um diese Ungleichheiten abzubauen – und wo stoßen politische Maßnahmen an Grenzen?

Ina Schildbach: In der Vergangenheit hat der Mindestlohn vor allem als arbeitsmarktpolitische Maßnahme für mehr Gerechtigkeit gesorgt. Deshalb spielt die Debatte über seine Höhe so eine große Rolle: Wo liegt die Untergrenze dessen, wovon manche Menschen leben können, wenn sie arbeiten und sich in die Gesellschaft einbringen?

Auch das Bildungs- und Teilhabepaket aus dem Jahr 2011 gehört unbedingt dazu. Das wirkt auf den ersten Blick vielleicht klein, doch meine Forschung und hier insbesondere die Betroffeneninterviews zeigen immer wieder, dass Armut viele Lebensbereiche betrifft – Bildung, Wohnen, Gesundheit, Teilhabe. Maßnahmen in diesen Bereichen sind



LEESTOFF



Karl Maurer hält den Schlüssel zu einem neuen Leben in der Hand: Sein Freund Lenz, ein Obdachloser wie Karl, hat ihm diesen Schlüssel zu einer Wohnung in einer noblen Gegend Münchens vermacht. Doch Karl zögert, diese Wohnung zu betreten. Zu ungewohnt im wahrsten Sinne des Wortes ist es nach all den Jahren für ihn, sich tagsüber nicht auf der Straße aufzuhalten und nachts nicht im Freien zu schlafen. Der Leser/die Leserin begleitet Karl einige sehr heiße Sommertage und -nächte lang auf seinen Wegen durch München und betrachtet die schöne bayerische Metropole aus einer ganz anderen Perspektive: Suppenküchen, Kleiderkammern, Bahnhofsmision, Schlafstätten unter Brücken und in Parks, Notunterkünfte etc. zeichnen gewissermaßen einen „Stadtplan der Armut“. Ostermair gelingt es, den richtigen Ton zu treffen, weder wird das Leben auf der Straße romantisiert, noch werden die Obdachlosen verurteilt – es wird aber auch nichts beschönigt: Gewalt, Sucht, Einsamkeit, Sex, Lieblosigkeit, Verzweiflung, Scham – das Leben auf der Straße ist hart, schonungslos und sehr gefährlich.

Zwölf differenzierte Unterrichtsvorschläge für verschiedene Schularten und Jahrgangsstufen ermöglichen einen altersgemäßen Zugang zum Roman „Der Sandler“ von Marks Ostermair. Die Inhalte der einzelnen Unterrichtseinheiten reichen dabei von Ursachen und Folgen von Obdach- bzw. Wohnunglosigkeit und der Auseinandersetzung mit den konkreten Lebensbedingungen obdachloser Menschen bis hin zu Hilfsangeboten für Betroffene sowie der Einordnung des Themas in philosophisch-literarische Kontexte.

deshalb zentral. Der Koalitionsvertrag wollte hier Ansätze setzen. Wie es weitergeht, bleibt abzuwarten, aber aus meiner Sicht ist das nach wie vor enorm wichtig.

Gibt es denn auch Maßnahmen, die Sie eher als Symbolpolitik sehen?

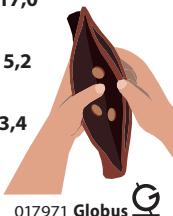
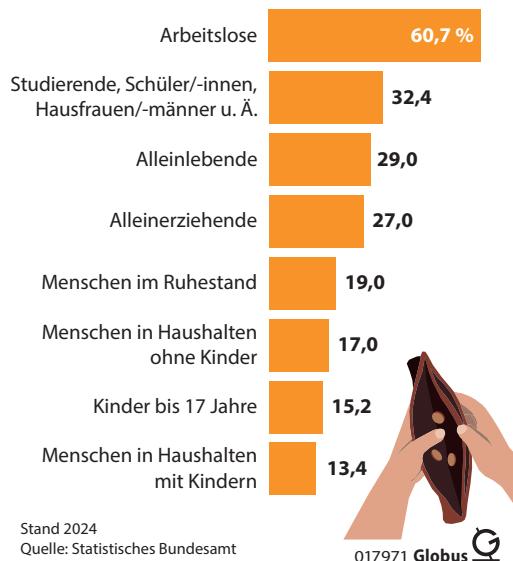
Ina Schildbach: Die Debatte um das Bürgergeld empfinde ich als schwierig, weil der zentrale Punkt – Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können – oft aus dem Blick gerät. Statt über die Höhe des Bürgergelds zu diskutieren, müsste es eher darum gehen, wie Menschen wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. In der Diskussion haben sich die Schlagworte ‚Fördern‘ und ‚Fordern‘ eingebürgert. Dabei wird ‚Fordern‘ oft als konservativ, ‚Fördern‘ als progressiv wahrgenommen. So einfach lässt sich das meines Erachtens aber nicht kategorisieren. Beispielsweise handelt die Tafel in Regensburg ihre Arbeit so, dass Menschen, die Hilfsleistungen erhalten, beim Verteilen der Lebensmittel mithelfen. Viele Betroffene waren darauf sehr stolz – es gab ihnen Sinn und Selbstwertgefühl. Auch ein anderes Beispiel: In Nordhausen führte ein Landrat [Anm.: Lkr. Nordhausen/ Thüringen; Landrat Matthias Jendricke, SPD] eine Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger ein. Die Betroffenen berichteten, dass es zwar anstrengend sei, früh aufzustehen, sie aber auch Freude daran hätten, Aufgaben zu übernehmen und Menschen zu treffen. Deshalb halte ich es für falsch zu sagen, dass Fordern immer negativ wirkt. Ich würde mir wünschen, dass die Debatte weniger stark in konservativ-progressiv-Schemata verläuft, weil sie die Realität oft nicht trifft.

Sie sind Mitautorin des Regensburger Armutsbuchs. Welche zentralen Erkenntnisse oder Entwicklungen aus diesem Bericht haben Sie besonders überrascht?

Ina Schildbach: Viele Menschen, die krank – vor allem psychisch krank – sind, stehen dem Arbeitsmarkt faktisch nicht zur Verfügung. In dieser Spirale liegt ein großes Problem: Armut führt zu Scham, Rückzug und Einsamkeit, und irgendwann weiß man kaum noch, wie man sich in der Gesellschaft bewegen soll. Ein Beispiel verdeutlicht, dass Armut nicht nur ein materielles Problem ist: Eine Frau erzählte mir, dass sie über einen Kulturverein Karten für die Regensburger Schlossfestspiele bekommen hätte. Sie hätte aber nicht teilgenommen. Auf meine Frage, warum, antwortete sie: ‚Ja, was soll ich denn da anziehen? Da schäme ich mich ja!‘ Viele berichteten von diesem Gefühl,

Armutgefährdet

So viel Prozent der Menschen in Deutschland müssen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen:



Grafik: Picture Alliance

als arm gelesen und erkannt zu werden. Wer sich so zurückzieht, steht dem Arbeitsmarkt dann natürlich kaum noch zur Verfügung.

Bayern gilt als wohlhabendes Land und doch gibt es hier Armut und soziale Spaltung. Wie passt das zusammen?

Ina Schildbach: Ich sehe darin keinen Widerspruch. Wir sprechen über sehr unterschiedliche Gruppen und verschiedene Gründe für Armut und Wohlstand. In Regensburg und Bayern insgesamt verdienen viele Menschen gut. Gleichzeitig gibt es Dienstleistungen, die schlecht bezahlt werden, beispielsweise etwa Paketlieferdienste – hier entsteht fast ein zynisches Ergänzungsverhältnis. Hinzu kommt die Rolle des Staates: Der Wohlstand eines Bundeslandes hängt oft daran, dass Unternehmen Steuern zahlen. Dieser Reichtum ermöglicht umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen – oder eben nicht. Bayern bot hier spezifische sozialpolitische Leistungen wie das Familiengeld, das Familien finanziell entlasten sollte. [Anm.: im Doppelhaushalt 2026/27 rückwirkend abgeschafft]. Trotzdem ändert das nichts daran, dass in Bayern überdurchschnittlich viele ältere Menschen von Armut betroffen sind. In diesem Bereich schneidet Bayern im Ländervergleich eher schlecht ab – vor allem wegen der historischen Struktur des Rentensystems.

Welche Maßnahmen sind familienpolitisch in Bezug auf Armut sinnvoll?

Ina Schildbach: Das ist nicht einfach zu beantworten. Viel diskutiert werden Kindergeld, Elterngeld und deren Anrechnung auf Sozialleistungen. Für mich liegt der zentrale Punkt bei familienpolitischen Maßnahmen darin, konkrete Förderungen für Aktivitäten von Kindern zu ermöglichen. Dazu zählt etwa das Teilhabepaket, das Kinder aus einkommensschwachen Familien gezielt unterstützt, damit sie normal am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Der beste Weg, das umzusetzen, ist noch offen, und die Bürokratie erschwert vieles – zum Beispiel für jeden Sportverein einen Antrag stellen zu müssen. Wichtig bleibt, Kindern früh Möglichkeiten zu eröffnen, Interessen zu entwickeln und Fähigkeiten zu entfalten – etwa Musik oder Fremdsprachen zu lernen –, die wohlhabenderen Kinder oft leichter zugänglich sind. Solche Angebote wirken langfristig stark, gerade in Deutschland, wo soziale Mobilität international eher niedrig ausfällt. Hier setzt gezielte Förderung an, um gleiche Chancen zu schaffen.

Gibt es Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Armut in Bayern? Wird dieser Unterschied in der Forschungsperspektive tatsächlich gemacht?

Ina Schildbach: Ich finde die Frage sehr spannend, weil städtische und ländliche Armut in der Forschung bisher wenig beleuchtet werden. Beim Regensburger Armutsbereich haben wir gefragt: Was bedeutet ein Leben in Armut? In Regensburg gibt es ein gut ausgebautes Auffangnetz – soziale Einrichtungen für die Grundversorgung, Organisationen wie ‚Kultür‘, Essensausgaben, kulturelle Angebote. Viele Lebensbereiche werden so bereits abgedeckt. Auf dem Land sieht das anders aus. Dort kann man froh sein, wenn es eine Tafel im Nachbarort gibt. Das verändert den Alltag arbeitsloser Menschen erheblich. Hinzu kommt, dass Kirche im ländlichen Raum oft noch eine Rolle spielt, etwa mit Seniorennachmittagen – viele Menschen sind aber inzwischen glaubensfern und nehmen solche Angebote nicht mehr wahr. Meiner Ansicht nach müsste dieser Unterschied in der Forschung stärker berücksichtigt werden.

Um den Blick von der regionalen auf die nationale Perspektive zu wenden: Wie steht Deutschland im Europäischen Vergleich in Bezug auf soziale Ungleichheit und sein Sozialsystem da?

Ina Schildbach: Man muss immer beachten, dass Faktoren wie Bevölkerungsgröße, -dichte,

Teilhabeatlas Kinder und Jugendliche

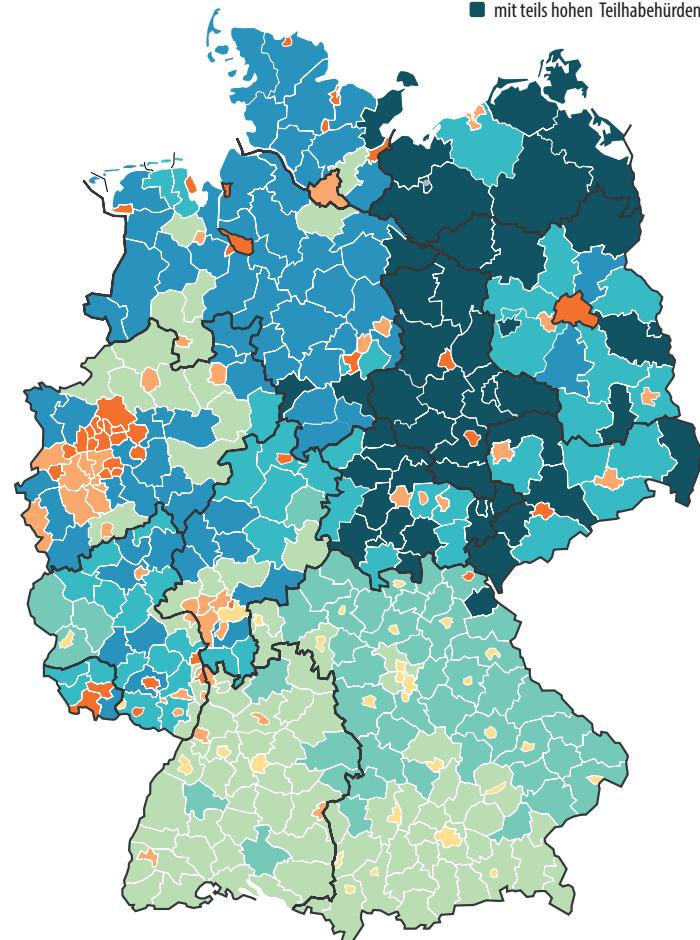
Chancen für junge Menschen auf Zugang zum sozialen Gemeinwesen und dessen Errungenschaften

städtische Regionen

- teilhabefreudlich
- mit einzelnen Teilhabehürden
- mit teils hohen Teilhabehürden

überwiegend ländliche Kreise

- teilhabefreudliche Spitzenreiter
- mit guten Teilhabechancen
- mit vereinzelten Teilhabehürden
- mit Teilhabehürden
- mit teils hohen Teilhabehürden



untersuchte Indikatoren: Kinderarmut, Angebot an Ausbildungsplätzen, Jugendarbeitslosigkeit, Anteil der Bevölkerung unter 25 J., Lebenserwartung, Schulabrecherquote, Betreuungsquote Vorschulkinder, Erreichbarkeit von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Geschwindigkeit Internetzugang

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung & Wüstenrot Stiftung

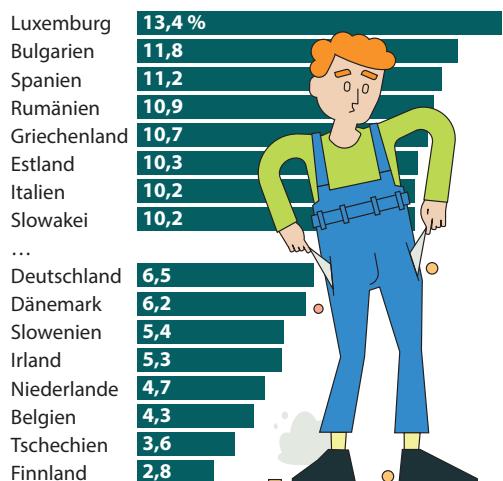
dpa•108941

historische Entwicklungen und das politische Umfeld vergleichen mit anderen Ländern erschweren. Einzelne Aspekte lassen sich jedoch isoliert betrachten. Deutschland liegt insgesamt auf hohem Niveau: Das Sozialsystem deckt viele Bereiche gut ab. Gleichzeitig zeigen sich spezifische Probleme, bei deren Bewältigung wir uns international etwas abschauen könnten. Ein zentrales Thema bleibt die Vermögensungleichheit: Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen die Hälfte des Gesamtvermögens. Ein weiteres Problem betrifft den Bildungsbereich. Kinder aus Haushalten, in denen

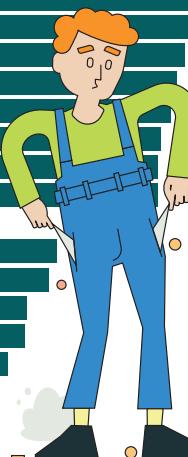
Grafik: Picture Alliance, 2025

Armut trotz Arbeit

Im Jahr 2024 waren 8,2 Prozent der EU-Bevölkerung* armutsgefährdet, obwohl sie einer Arbeit nachgingen. So war die Lage in den EU-Ländern:



Grafik:
Picture Alliance



*ab 18 Jahren Quelle: Eurostat

beide Eltern nur einen Haupt- bzw. Mittelschulabschluss haben, gehen nur selten auf das Gymnasium – die Chancen liegen aktuell bei etwa zwölf Prozent und sind in den letzten Jahren sogar noch gesunken. Hier müssen wir schauen, welche Länder es besser machen und welche Ansätze sich übernehmen lassen. Auch familienpolitisch stellt sich die Frage, ob die Politik tatsächlich hinter Maßnahmen steht, die ärmeren Haushalten das Kinderkriegen erleichtern. Bei sozialer Mobilität herrscht hingegen weitgehend Konsens: Veränderungen sind nötig.

Themen wie Digitalisierung, Migration oder der Klimawandel verändern unsere Gesellschaft rasant. Verschärfen diese Themen soziale Ungleichheit?

Ina Schildbach: Bei der Digitalisierung bin ich vorsichtig mit Vorhersagen. Sie setzt voraus, dass Menschen sich Geräte leisten, Zugang zum Internet haben und auf dem neuesten Stand bleiben – das hängt letztlich auch stark mit Bildung zusammen. Viele unqualifizierte Arbeitsplätze könnten wegfallen, aber wir wissen nicht, wie der Staat reagiert und wie sich der Arbeitsmarkt insgesamt entwickelt. Schauen Sie zum Beispiel auf den Dienstleistungssektor: Plattformen wie Amazon haben zahlreiche neue Jobs geschaffen, die vorher kaum vorstellbar waren. Ob die Schwarzmalerei über Digitalisierung eintreffen wird, vermag ich also nicht zu sagen, auch wenn sie die soziale Spaltung durchaus begünstigen kann.

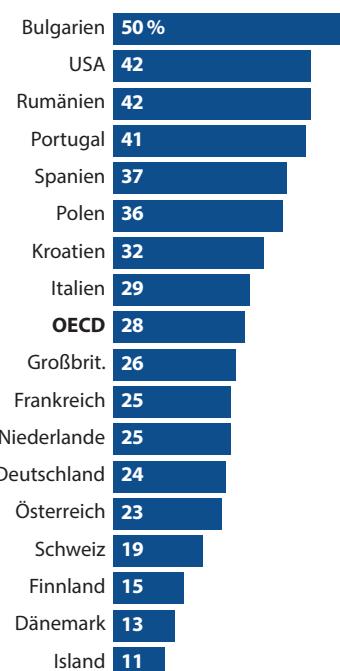
Beim Klimawandel spielen vor allem zwei Aspekte eine Rolle. International trifft er am härtesten die ärmsten Menschen und verstärkt so globale Ungleichheit. In Deutschland wirkt sich das vor allem über die Klimapolitik aus: Steigende Preise treffen vor allem einkommensschwache Haushalte und bergen Konfliktpotenzial. Hier stehen kurzfristige Belastungen der Klimapolitik gegen die langfristigen Folgen des Klimawandels. Mein Eindruck: Das Bewusstsein wächst, dass sowohl Klimawandel als auch Klimapolitik eine deutliche soziale Dimension haben.

Gibt es auch bei Migration diese soziale Dimension?

Ina Schildbach: Migration hat eindeutig eine soziale Dimension und wir stehen dabei vor einem heiklen Dilemma. Staatliche Mittel werden verteilt, und unterschiedliche Ausgaben stehen in einem Verhältnis zueinander – etwa für Bildung, Sozialleistungen oder Unterstützung für Geflüchtete. Das führt zu Debatten, die oft sehr emotional geführt werden, wie zum Beispiel, wenn bestimmte Leistungen

Chancenungleichheit in der OECD

Anteil der Einkommensunterschiede*, der auf Chancenungleichheit (u.a. Geschlecht, Herkunftsland, Bildungsgrad, Wohnsituation) zurückzuführen ist.



Grafik: Picture Alliance, 2025
Länderauswahl *vor Abzügen und Transfers

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN 25

gegeneinander ausgespielt werden. Ich finde es problematisch, dass man darüber kaum offen sprechen kann, weil man schnell missverstanden wird. Dabei wäre genau diese ehrliche Auseinandersetzung nötig. Frust über das Tabu solcher Diskussionen trägt dazu bei, dass Menschen sich von etablierten Parteien abwenden und zu extremen Optionen wie der AfD tendieren. Wir sollten anerkennen, dass solche Prioritäten existieren, und eine offene Debatte darüber führen.

Haben Sie den Eindruck, dass soziale Ungleichheit als Kernthema der Politik von den Parteien erkannt wurde – oder droht das Thema wieder aus dem Fokus zu rutschen?

Ina Schildbach: Meist taucht das Thema immer nur punktuell auf – oft mit einer bestimmten Konnotation: „Die, die nicht arbeiten wollen, muss man jetzt antreiben.“ Für einige Parteien gehört das zum Diskurs über soziale Gerechtigkeit, im größeren Zusammenhang wird die Debatte aber von Deutschlands Wachstumsproblemen und der aktuellen ökonomischen Krise überlagert. Ich fürchte, dass soziale Ungleichheit und Armut in den kommenden Jahren sowohl faktisch zunehmen – also die Lage der Betroffenen sich tendenziell verschlechtern wird – als auch kaum größere politische Aufmerksamkeit erhalten werden. Gerade in ökonomischen Krisen treten diese Themen schnell in den Hintergrund. Zugleich zeigt sich seit Jahren, dass auch die Mittelschicht zunehmend unter Problemen leidet, etwa auf dem Wohnungsmarkt. Dennoch bleibt es oft beim hilflosen Konstatieren, ohne dass wirklich gehandelt wird.

Sehen Sie es so, dass bezüglich dieser sozialen Ungleichheit verschiedene Gesellschaftsschichten/-felder gegeneinander ausgespielt werden?

Ina Schildbach: Definitiv! Oft werden verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt – etwa Bürgergeldempfänger gegen Geringverdiener oder Migranten gegen Deutsche. Die Debatte um soziale Ungleichheit wird dadurch stark von anderen Themen überlagert, zum Beispiel der Flüchtlingsfrage, obwohl viele Probleme damit gar nichts zu tun haben. Dabei gäbe es viele Punkte, die man unaufgeregter diskutieren könnte: Einsamkeit, das Gefühl, sozial nicht mehr teilzuhaben, oder der Rückzug aus Scham. Hier könnte man sich überlegen, wie wir Menschen – alt wie jung – wieder stärker einbinden kann, etwa über regionale Projekte. Solche Fragen ließen sich als Gesellschaft klären, ohne dass sie stark polarisiert würden.

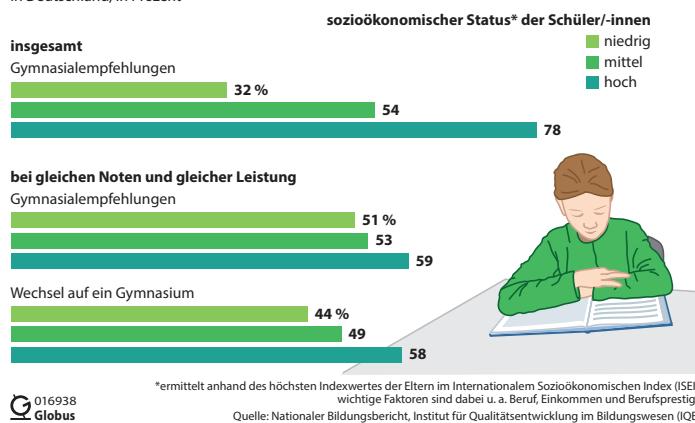
Was könnte die politische Bildung leisten, um das Bewusstsein für die soziale Ungleichheit und diese vielfachen Themenfelder zu stärken?

Ina Schildbach: Entscheidend ist zunächst: Wer ist die Zielgruppe und wo setzt politische Bildung an? Wichtig ist, schon Kinder dafür zu sensibilisieren – etwa beim Übergang aufs Gymnasium. Das ist prägend, und viele Arbeiterkinder spüren diffus, dass sie anders sozialisiert sind als die Mehrheit ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler. Politische Bildung müsste daher alle Schülerinnen und Schüler erreichen – vor allem die privilegierten,

Grafiken:
Picture Alliance

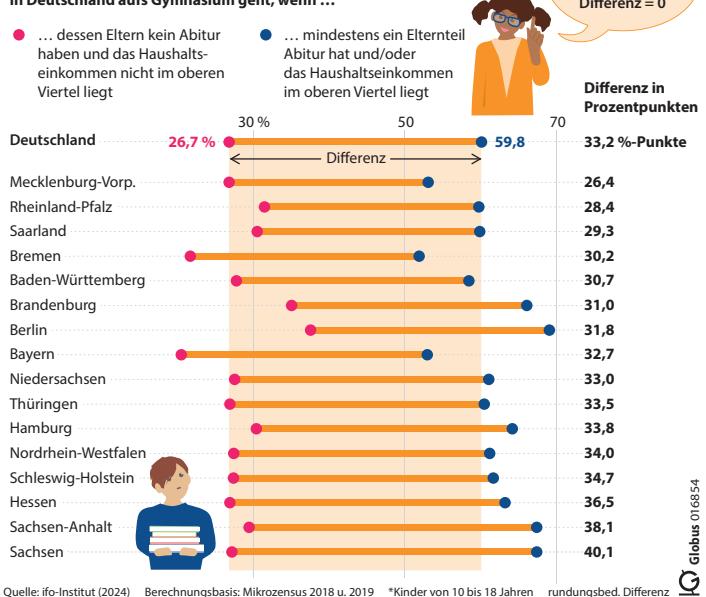
Gymnasialbesuch: Nicht nur die Leistung zählt

So beeinflusste die soziale Herkunft im Schuljahr 2021/2022 den Wechsel in die Sekundarstufe in Deutschland, in Prozent



Chancengleichheit bei der Bildung?

So hoch ist die prozentuale Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind* in Deutschland aufs Gymnasium geht, wenn ...



Rengschburger Herzen e.V.

Ein Leben lang gearbeitet und dennoch reicht die Rente nur für das Nötigste. Dieses Schicksal trifft mehr als drei Millionen Menschen in Deutschland. *Wir können und wollen nicht wegschauen.*

Unsere mobile Hilfe für Senioren und Obdachlose:

Mobile Lebensmittelversorgung bedürftiger Senioren mit unserem Tante-Emma-Mobil: Ausgabe von frischen und haltbaren Lebensmitteln, Getränken, frischem Obst und Gemüse, Hygieneartikel, Süßigkeiten, Dinge des täglichen Bedarfs.

Versorgung Obdachloser am Bahnhof Regensburg:

- » Ausgabe von Lebensmitteln und Getränken zum sofortigen Verzehr.
- » Versorgung der Obdachlosen mit Schlafsäcken, Decken, Mützen, Handschuhen und warmer Bekleidung im Herbst/Winter und noch Vieles mehr.



Rengschburger Herzen e. V.
Dr. Gessler Strasse 31
93051 Regensburg
www.rengschburgerherzen.de

die Selbstverständlichkeit im Umgang mit Geld erfahren, zum Beispiel, weil Ferien ohne Urlaubsreisen für sie undenkbar sind. An der Hochschule vermisste ich besonders die Auseinandersetzung mit globaler Armut. Ich biete dazu zwar einen Kurs an, aber das stellt eine Ausnahme dar. Ein zentraler Punkt der politischen Bildung bleibt, Bewusstsein dafür zu schaffen, wo Deutschland im internationalen Vergleich steht.

Sie haben die Bildung als ganz zentralen Punkt identifiziert. Welche Ableitungen würden Sie in diesem Kontext treffen, um konkret anzusetzen?

Ina Schildbach: Konkretisieren ist schwierig, aber der Übertritt aufs Gymnasium stellt eine klare Bruchlinie dar. Bei mir selbst war es sehr eindrücklich: Ich war die erste in meiner Familie mit Abitur, und als ich in der fünften Klasse im Gymnasium saß, wurde mir sofort bewusst, dass nun vieles anders ist. Irgendwie spürte ich, dass ich eigentlich nicht so recht dazugehöre. Je höher man im Bildungssystem aufsteigt, desto deutlicher wird diese Fremdheit, besonders für Kinder aus Arbeiterfamilien. Viele haben schlicht nicht die gleichen Möglichkeiten: fehlende Schulmaterialien, keine Nachhilfe, kein Mindset, wie man Lernen systematisch angeht. Kinder aus Haushalten mit hohem Bildungsabschluss bekommen hier meist stärkere Unterstützung. Solche ‚soften Faktoren‘ wirken stark im Alltag, lassen sich aber schwer lösen. Lediglich zwölf Prozent der Arbeiterkinder schaffen den Weg aufs Gymnasium – sie sind damit klar in der Minderheit gegenüber Kindern aus Akademikerhaushalten.

Vor welchen Herausforderungen steht die Sozialpolitik kurz-, mittel- oder langfristig?

Meiner Meinung nach überlagern zwei Punkte diese Frage besonders: Erstens die gesellschaftliche Zerreißprobe – Deutschland ist in diesem Punkt stark gespalten, und sachliche Verständigung wird immer schwieriger, was sich auch auf die Sozialpolitik auswirkt. Zweitens das lahmende Wachstum, das in den kommenden Jahren zentral bleiben wird. Fokussiert man sich nur auf die Sozialpolitik, erscheinen die brennenden Themen Rentenpolitik, der Umgang mit Geflüchteten und – aus meiner Sicht oft zu wenig beachtet – die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe, etwa um Einsamkeit zu vermeiden. Letztlich geht es auch darum, wie Menschen ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie verstehen, was wiederum fast alle gesellschaftlichen Bereiche berührt.

Im Bereich der politischen oder gesellschaftlichen Teilhabe für Seniorinnen und Senioren versucht die Landeszentrale auch mit einigen Angeboten anzusetzen, zum Beispiel aktuell mit Wahlinfobroschüren zur Kommunalwahl in Bayern 2026, die von Kommunen als Angebot für deren ältere Bürgerinnen und Bürger gerne genutzt werden.

Ina Schildbach: Gerade die kommunalpolitische Ebene halte ich im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit für besonders wichtig. Wenn man Armutsbetroffene fragt, welche Maßnahmen ihre Situation verbessern könnten, haben die meisten – und das fand ich wirklich erschreckend – keine Antwort. Warum? Weil viele gar nicht politisch denken. Da kam mir der Gedanke, dass man viel eher auf kommunaler Ebene ansetzen könnte, weil diese Angebote viel niedrigschwelliger und greifbarer wirken. Gerade auf dem Land kennt man den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, oft zumindest vom Sehen. Ich sehe das als große Herausforderung – nicht nur für die Demokratie insgesamt, sondern auch für das politische Bewusstsein des Einzelnen, wenn dieses immer mehr verloren geht.

Gibt es denn etwas, was Ihnen bei den vielen Problemlagen in Bezug auf soziale Ungleichheit auch Hoffnung gibt bzw. Sie positiv in die Zukunft blicken lässt?

Ina Schildbach: Was mir beim Regensburger Armutsbericht Hoffnung gegeben hat, ist das große private Engagement vieler Menschen, ohne viel Aufhebens – sei es durch Geldspenden oder die Investition eigener Zeit. Natürlich brauchen wir einen professionell aufgestellten Sozialstaat, aber eine Gesellschaft lebt auch davon, dass Menschen bereit sind, sich für gemeinsame Belange einzubringen. Dieses Engagement ist in Regensburg besonders ausgeprägt – das hat mir wirklich Hoffnung gemacht. Ich würde mir wünschen, dass das auch in anderen Städten und Kommunen so ist. Gleichzeitig muss man dafür Rahmenbedingungen schaffen, das ist klar. Ein konkretes Beispiel ist der Verein Rengschburger Herzen e. V.: Dort habe ich viele Betroffeneninterviews geführt. Arno Birkenfelder, der Gründer, hat unglaublich viel aufgebaut, engagiert sich persönlich und unterstützt sehr kleinteilig bei Dingen, die sonst leicht untergehen würden. ■

Das Interview führten Nadja Renner und Gregor Köstler am 19. November 2025.